

## Nachlese zum Zukunftskongreß (4).

(Von E. Noldus.)

Die Schiffstour auf dem Rhein, welche am 2. September federführend von der AfD-Ratsfraktion durchgeführt worden war, bot den äußeren Rahmen für einen politischen Gedankenaustausch.

### Matthias Helferich.

Matthias Helferich, Jahrgang 1988, Rechtsanwalt aus Dortmund, trat Ende 2015 in die AfD und 2016 in die JA ein. Seit Dezember 2017 (Parteitag in Kalkar) Mitglied im NRW-Landesvorstand bis Juli 2019 (Warburg) als Beisitzer, ab Oktober 2019 (Kalkar) als stellv. Landessprecher bis Februar 2022 (Siegen).

Seit der Kommunalwahl 2020 gehört er dem Rat der Stadt Dortmund an und holte im Wahlbezirk 15 10,3% (gegenüber 5,5% der AfD in Dortmund). Bei Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 143 Dortmund II holte er 8,3% der Erststimmen (Zweitstimmen AfD 7,9%) und zog über Platz 7 der Landesliste NRW in den Bundestag ein.



Bild 1: An der Anlegestelle. Matthias Helferich im Gespräch.

## Die Rede.

Diese Rede bildete den Abschluß der Vortragsreihe auf dem Zukunftskongreß 2023.

Liebe Freunde!

Ich danke euch zunächst für die Einladung zu eurer heutigen Schiffstour und erläutere im Verlauf meines Vortrages, der uns von der Eröffnung des Buffets trennt und daher die angemahnte Kürze haben wird, warum es mir eine besondere Ehre ist, heute hier, auf Einladung der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen zu euch sprechen zu dürfen. Auf Einladung von Parteifreunden, die diesem Wort in seinem Wortsinne und nicht seiner Auslegung gerecht werden.

Die Transformation unserer Heimat schreitet mit einer Geschwindigkeit voran, die selbst nach den migrationspolitischen Verwerfungen unter der „Herrschaft des Unrechts“ Angela Merkels in den Krisenjahren 2015/2016, erschrecken lassen. 2/3 aller Abschiebungen scheitern und der Migrationsdruck auf unsere Städte und Gemeinden scheint sie zunehmend und beständig zu erdrücken.

Trotz der Ankündigung eines verbesserten „Gemeinsamen europäischen Asylsystems“ durch die EU-Innenministerkonferenz, welches ein Außengrenzschutzverfahren und sog. „Screenings“ für Asylforderer vorsieht, ist eine migrationspolitische Läuterung des europäischen Establishments nicht zu erkennen.

Die avisierten Außengrenzschutzverfahren werden nur alle jene Zuwanderer betreffen, die aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent kommen. Die Hauptzuwanderergruppen stammen aus dem Irak, Afghanistan und Syrien und können somit ungehindert in unser Land eindringen. Mit der uns, immer häufiger auch psychisch, erschlagenden Wucht.

Migrationspolitische Verschärfungen, die von den herrschenden Eliten, die die Transformation der angestammten europäischen Völker leidenschaftlich betreiben, angekündigt werden, sind bestenfalls Wahlkampfgetöse und schlimmstenfalls Nebelkerzen, um diejenigen auch weiterhin zu täuschen, die die Ersetzungsmigration immer noch für eine rechte Verschwörungserzählung halten.

Auch die von der Ampel angekündigte Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrecht ist Teil dieses Transformationsprozesses von unserem Heimatland Deutschland zur multikulturellen Siedlungsregion. Bereits jetzt wurden mittels des zuvor schon liberalen deutschen Staatsbürgerschaftsrechts hunderttausend Syrer, die 2015 als Schutzsuchende firmierten, zu deutschen Staatsbürgern. 11.000 von ihnen leben in unserem Bundesland NRW. Auch zigtausende Afghanen und Iraker sind nun Teil unseres Staatsvolkes.

Die liberale Einbürgerungspraxis dient dem Ziel der herrschenden Klasse, das Volk auszutauschen, weil es sich zunehmend der ungehemmten Massenzuwanderung, dem Ausverkauf unseres Sozialstaates und der oktroyierten Schweigekultur zur Migrantengewalt widersetzt.

Es ist eine große Verschwörung im Gange, die sich aber nicht in den Hinterstübchen verstaubter Reichsbürger abspielt, sondern im Bundeskanzleramt und den Staatskanzleien der Länder: Der demokratische Souverän des Grundgesetzes, das deutsche Volk, soll ausgetauscht werden, entmündigt, entrechtet. Die deutsche Staatsbürgerschaft pervertiert vom Loyalitätsnachweis eines Bürgers zu unserem Vaterland zum bloßen Berechtigungsschein für Sozialleistungen.



Bild 2: Ein Portrait.

So verwundert nicht, daß aktuell von der Erhöhung des Bürgergeldes Stand März 2023 rund 700.000 Ukrainer, 498.000 Syrer, 200.000 Türken, 176.000 Afghanen und 115.000 Iraker profitieren.

Der deutsche Steuerzahler wird zum Melkvieh degradiert und die Verlautbarungen insbesondere von Migrantenvertretern lassen darauf schließen, daß er zur Schlachtbank geführt wird, wenn er sich seiner Ausbeutung widersetzt.

Der rechtspopulistische Urvater Dr. Jörg Haider mahnte bereits: „Bevor die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen.“

Ein Hoffnungsschimmer mögen die aktuellen Umfragewerte unserer AfD sein. Funktionäre, die sich aber nun schulterklopfend für die eigene Arbeit beglückwünschen und sich im Siegestaumel befinden, seien aber gewarnt:

1. Umfragewerte sind keine Wahlergebnisse und das angekündigte „Rightfacing“ der Faesers und Merz im Establishment, welches schnellere Abschiebungen und den entschlossenen Kampf gegen Clans verspricht, wird noch viele Wähler zu täuschen wissen.
2. Die türkis-blaue Regierung und der inszenierte Ibiza-Skandal um den FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zeigten, daß nach dem Machtrausch schnell die Kopfschmerzen eines Regierungsbruchs kommen können. Die FPÖ fiel, auch aufgrund der Korruptionsvorwürfe gegen Teile der FPÖ-Führung, von knapp 30 Prozent auf zeitweise 7 Prozent. AfD-Politiker, die sich bereits jetzt in einem flotten Dienstwagen samt Chauffeur als Minister oder Staatssekretäre von CDU-Gnaden sehen, müssen sich der Gefahr bewußt sein, die eine vorschnelle Regierungsbeteiligung mit sich bringt. Aktuell erlebt der selbsternannte Volkstribun Hubert Aiwanger sein bajuwarisches Ibiza. Dies ganz ohne attraktive russische Oligarchentochter und feucht-fröhliche Abende in einer sommerlichen Villa. Manchmal reicht eine Schultasche aus, um Regierungen zu stürzen.
3. Die Bürger unseres Landes, die sich nun der AfD zuwenden, tun dies in Wahrnehmung eines demokratischen Notwehrrechts gegen die anhaltende Massenzuwanderung und wirtschaftliche Existenzvernichtung mittels Gebäudeenergiegesetz, steigender Lebensmittelpreise und Jobverlust durch Dekarbonisierung.

Demut und Dienstethos als echte Volksvertreter sind nun das Gebot der Stunde. Denn wer von uns nun fahrlässig oder gar vorsätzlich die Hoffnungen, die in uns gesteckt werden, verspielt, riskiert, daß all jene Teile unseres Volkes jede Hoffnung in die Rettung unserer Heimat verlieren. Enttäuschen wir sie, haben wir es nicht verdient, gewählt zu werden.

Doch welche konkreten Maßnahmen braucht es jetzt im Hinblick auf die erfreulichen Wahlprognosen und den bevorstehenden Macht- und Bedeutungszuwachs. Können wir uns entspannt zurücklegen und unseren Erfolgskurs, der sich wohl hauptsächlich aus dem Niedergang unserer Heimat speist, genießen? Wohl kaum.

1. Im Hinblick auf die bereits im Jahr 2025 bevorstehende Kommunalwahl braucht es einer nun beginnenden Kandidatenschau. Die kommunale Ebene, als Ebene des intensivsten politischen Vertrauens zwischen Bürger und Politiker, darf nicht geringgeschätzt werden. Gerade hier erwächst ein nachhaltiges Vertrauensverhältnis zwischen unserer Anhängerschaft und unserer Politik. AfD-Politiker, die es sich hier bequem machen und sich in den wohligen Konsens der Altparteien einschmiegen, werden nicht benötigt. Was es braucht, ist Hinwendung zu den konkreten Problemen unserer Mitbürger, Verständnis, Kampfesgeist und ein gewisses Rebellentum.
2. Ohne ein publizistisches und aktivistisches Vorfeld, welches die AfD trägt und unsere Positionen und Programmatik an den Gatekeepern des Establishments vorbei, zum Bürger sendet, wird es nicht funktionieren. Martin Sellner, meines Erachtens der klügste Kopf der deutschsprachigen Rechten, warnt zu Recht vor einem drohenden „Parlamentspatriotismus“. Abgeordnete, gleich welcher Ebene, die sich in Selbstherrlichkeit suhlen und denken, daß ihre Sonntagsreden, Fleißanfragen und geheuchelte Bürgernähe den patriotischen Wandel bringen, seien daran erinnert, daß der linke Kulturkampf deshalb erfolgreich war, weil er sich auf die Publizistik, die Kultur, die Pädagogik konzentrierte und die Parlamente letztlich

nur als Bühne und Ressourcenquelle nutzte. Unsere Abgeordneten brauchen eine gewisse Distanz zu ihrem eigenen Wirken und eine tiefe Verwurzelung in ihrem Heimatwahlkreis, unserer Parteibasis und auch einem intellektuellen Parteivorfeld, was einer gewissen Wächterrolle nachkommt und Verhausschweigungstendenzen und Etablierungssucht markiert und abstellt. Abgeordnete, die ihre Diäten für ein Haus in der Toskana investieren und bei der Förderung des Vorfelds aus Parteijugend und rechter Publizistik sowie der Errichtung eines Wahlkreisbüros als Stätte der patriotischen Selbstvergewisserung ausfallen, gehören abgestraft.

3. Wir dürfen nicht der Illusion einer nun von uns verlangten Selbstzähmung erliegen. Das Volk hat Hoffnung in uns, weil wir grundsätzlich sind, unbeirrbar, kompromißlos. Wir sind das „Entweder-Oder“.

Eine CDU wird nicht deshalb mit uns kooperieren, weil wir ihre Sprache kopieren, sondern wir aufgrund des Zuspruchs die Machtfrage stellen. Wir müssen uns der „Magie der Mitte“, wie sie Thomas Biebricher beschrieb, widersetzen. Es gilt dem Volk zu gefallen und nicht dem Adenauer-Haus.

Zu dieser Grundsätzlichkeit, die aktuell unseren Erfolgskurs trägt, gehört es auch, daß wir Distanzierungsorgien überwinden und inszenierte Medienkampagnen gegen unsere Partei oder unsere Protagonisten adäquat abwehren. Wer sich distanziert, verliert und braucht auch nicht der Fehlvorstellung erliegen, ein Regierungsschutzpräsident Haldenwang würde uns mit Wohlwollen begegnen, weil wir ihm Opfergaben in Form von Parteiausschlußverfahren bringen.

4. Zudem muß sich die AfD der sozialen Frage stärker stellen. Der französische Vordenker Alain de Benoist stellt uns als politisch-praktische Aufgabe eines „volksverbundenen Populismus“ in seiner konkret parlamentspolitischen Erscheinungsweise, „die Achse soziale Gerechtigkeit – Sicherheit“ wiederherzustellen. Hierzu gehört es, den Fokus auf die Interessen der arbeitenden Schichten, nicht nur bei uns im Ruhrgebiet, zu richten. Zu diesen Interessen gehört der Wunsch nach materieller Existenzsicherung und einem Staat, der die physische Existenz seiner Bürger vor der überbordenden Migrantengewalt schützt. Wir sind der Anwalt all jener, die aktuell ihre Arbeit aufgrund der von den Etablierten betriebenen Klimapolitik verlieren und deren Heimat von der Massenzuwanderung bedroht ist. Bei allen bürgerlich-liberalen Verrenkungen der Vergangenheit muß endlich anerkannt werden, daß der deutsche Arbeiter (mit und ohne Migrationshintergrund) Mandant des Volksanwaltes AfD ist. Eine sozialpatriotische Ausrichtung der AfD, wie sie vom Autor Benedikt Kaiser seit Jahren gefordert wird, wird unsere Zukunft als solidarische Volkspartei sichern.

Und nun komme ich zu der eingangs aufgeworfenen Frage, warum ich mich besonders freue, heute hier auf Einladung der AfD-Fraktion Oberhausen sprechen zu dürfen.

All jene Thesen und Forderungen nach einer Volks-zugeneigten AfD-Politik, die grundsätzlich, ehrlich, solidarisch und engagiert ist, werden durch euch Oberhausener seit Jahren stoisch und uneigennützig erfüllt.

Im Rat kämpft ihr mutig und entschlossen für das Wohl der echten Oberhausener, habt mit eurem Ratsbüro einen Ort der Freundschaft und Vertrautheit geschaffen und zeigt euch, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, den Oberhausenern mit eurem eindrucksvollen Stand.

Als Mandatsträger der AfD kann ich mich für euer Engagement, eure politische Leidenschaft, euren Mut nur demütig bedanken.

Ihr seid Faktor des Erfolgskurses der AfD in ganz Deutschland und für mich, wie sicherlich viele weitere Parteimitglieder Vorbild für einen entschlossenen patriotischen Kampf für ein besseres Deutschland.

Ich verneige mich vor euch und danke für eure Freundschaft, die mir ganz persönlich auch in schweren Zeiten zu Teil wurde.

Haltet Kurs auf der MS Oberhausen und bewahrt euch euren Mut – Kapitän Hartmut Mumm und Kaleu Kempkes sowie der gesamten Besatzung gilt heute der Dank der AfD!



Bild 3: Rückkehr in den Heimathafen.